

den gesamtgesellschaftlichen Wertewandel, der zwar ebenso wenig wie andere Ansätze in der Wahlforschung kausale Ursache-Wirkungsmechanismen zur Erklärung des Wahlverhaltens bereitstellt, aber ein Grundverständnis für den Wandel der bundesdeutschen Parteienlandschaft und somit einen Ausblick in den an die Wahlforschung angrenzenden Bereich der Parteienforschung ermöglicht.

Im vierten Teil finden sich drei Beiträge zu ausgewählten Gebieten, nämlich zur Wahlkampfforschung, zur historischen Wahlforschung sowie zur Wahlsystemforschung. Welchem konkreten Interesse die Auswahl dieser drei Themen geschuldet ist und warum diese nicht unter den ersten beziehungsweise dritten Teil hätten subsumiert werden können, erschließt sich dem Leser nicht. Dass *Harald Schoen* die beiden zentralen Begriffe des *Agenda-Settings* und des *Issue-Framings* unerwähnt lässt, macht seinen Beitrag zur Wahlkampfforschung gegenüber anderen Grundlagentexten zum Thema unterlegen.²

Standesgemäß schließt das Handbuch im fünften Teil mit einer dezidierten Kritik und möglichen Entwicklungsperspektiven der Wahlforschung. Hierfür problematisieren *Oscar W. Gabriel* und *Silke I. Keil* insbesondere das Verhältnis zwischen kommerzieller und akademischer Forschung sowie die Herausforderungen der Datenverwendung und -qualität.

Das überschwängliche Lob von *Rüdiger Schmitt-Beck* in der ZParl (Heft 1/2007) für das Handbuch Wahlforschung ist für eine Erstauflage gerechtfertigt. Insbesondere den Anforderungen an ein Handbuch wird der Titel vollauf gerecht. Die hier vorgebrachten Kritikpunkte beziehen sich hauptsächlich auf die Gliederung sowie einige inhaltliche Inkonsistenzen. Bei einer eventuellen dritten Auflage kommen die Herausgeber zudem nicht mehr um die Berücksichtigung aktueller forschungspraktischer Erkenntnisse herum.

Sonja Clasing

- 2 Zu erwähnen wäre hier etwa *Oscar W. Gabriel / Bettina Westle*, Wählerverhalten in der Demokratie – Eine Einführung, Baden-Baden 2012, Kap. 10.

Partizipationsforschung am Beispiel NRW: guter Überblick, methodische Mängel

Decker, Frank, Marcel Lewandowsky und Marcel Solar: Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Dietz Verlag, Bonn 2013, 240 Seiten, € 18,-.

Bei der Veröffentlichung von *Frank Decker*, *Marcel Lewandowsky* und *Marcel Solar* handelt es sich um eine kritische Bestandsaufnahme des gegenwärtigen Stands der empirischen und theoretischen Partizipationsforschung am Beispiel von Nordrhein-Westfalen (NRW). In einem ausgewogenen Mischungsverhältnis wägt das Autorenkollektiv zunächst zwischen den divergierenden normativen Zielvorgaben demokratischer Legitimität ab (S. 10 – 36) und veranschaulicht diesen Aufriss mit Hilfe empirischer Befunde zur Inanspruchnahme sowohl elektoraler als auch nicht-elektoraler – insbesondere direktdemokratischer – Partizipationsmöglichkeiten in NRW (S. 36 – 96). Sodann werden sinkende Beteiligungsraten vor dem Hintergrund sozialer Selektivität diskutiert (S. 97 – 123) sowie abschließend die Ergebnisse zusammengefasst und mit Empfehlungen verknüpft, wie einer wachsenden Demokratie-

skepsis entgegengewirkt werden kann (S. 124 – 133). Der Textkörper endet mit einem ausführlichen Tabellenanhang, dem die Merkmalsverteilung der zugrunde liegenden Umfrage zu entnehmen ist. Leider bleiben jegliche methodische Details, etwa zur Grundgesamtheit der Studie, zur Stichprobenziehung, zum gewählten Forschungsdesign, den Auftraggebern sowie zu den eventuellen methodologischen Schwierigkeiten unerwähnt, so dass die Bezeichnung als „Studie“ (S. 33) falsch ist, weil die Validität und Reliabilität der Untersuchungsergebnisse nicht nachvollziehbar ist, was den wissenschaftlichen Wert der Veröffentlichung empfindlich schmälert.

Dass die Beteiligungsraten an Wahlen seit Jahren auf allen Ebenen des politischen Systems sinken, ist keine Neuigkeit. Dieser Trend und zudem das neuerliche Erstarken der Piratenpartei bei den Landtagswahlen in NRW 2012 stellen den Aufhänger der Analyse dar, vor dessen Hintergrund die demokratietheoretischen Aspekte des Beteiligungsverhaltens sowie das Mischungsverhältnis zwischen input- und output-orientierten Demokratievorstellungen diskutiert werden. Im ersten Kapitel des Buches gelingt dem Autorenkollektiv dabei eine sehr differenzierte, umfängliche und zugleich allgemeine Abhandlung der gegenwärtigen Herausforderungen demokratischer Systeme durch Souveränitäts-, Legitimations- und Inklusionsprobleme (S. 12). Das Spannungsverhältnis zwischen *principal* und *agent* unter Gesichtspunkten demokratischer und rechtlicher Gleichheit werden dabei ebenso in die Analyse einbezogen (S. 17), wie das Responsivitätsprinzip zur Überwindung eben jener (Un-)gleichheit. Dabei diskutieren die Autoren auch Veränderungen der Politischen Kultur der Bundesrepublik, wie sie unter anderem durch den Wertewandel herbeigeführt wurden, die Entwicklung von Randparteien hin zu etablierten Parteien (zum Beispiel Die Grünen) sowie beschleunigte Globalisierungsprozesse, um sich schließlich der Frage zuzuwenden, wer, warum, wie viel und in welcher Form heutzutage am politischen Willensbildungsprozess mitwirkt. Obwohl zur Beantwortung dieser Frage der Bezug zu gängigen Erklärungsmodellen angedeutet wird, bleibt dieser Abschnitt relativ vage. So benennen die Autoren zwar die individuelle Ressourcenausstattung, politische Einstellungen, *political efficacy* sowie politische Gelegenheitsstrukturen (S. 27) als wesentliche Merkmale, die positiv mit politischer Beteiligung korrelieren; der Rückbezug auf sozioökonomische, sozialpsychologische und rationale Standardmodelle der Partizipationsforschung hätte sich jedoch aufgedrängt. Dagegen gelingt der Abschnitt über Formen der Partizipation (S. 36 ff.) als wohlstrukturierter und weitestgehend vollständiger Zusammenschchnitt der wesentlichen Klassifizierungen politischer Beteiligungsformen mit Schwerpunkt auf Wahlen. Hier kreist der Text zum einen um die Frage, ob sinkende Beteiligungsraten als Krisen- oder Normalitätsphänomen zu interpretieren sind (S. 44) und zum anderen um die Gründe, die gängigerweise angeführt werden, um das Nichtwählen zu erklären. Dass die erwähnten Modernisierungsprozesse, die parteiprogrammatischen Angleichungen sowie die Häufung von Wahlterminen mit den weiter oben angeführten Gründen für Beteiligung korrespondieren, zeigt, dass (Nicht-)Beteiligung an politischen Prozessen zwei Seiten derselben Medaille sind, was allerdings von Seiten der Autoren unerwähnt bleibt.

Die Nichtwählerforschung steckt diesbezüglich ganz grundsätzlich in der Schwierigkeit, zwischen Gründen und Ursachen der Nichtbeteiligung zu unterscheiden. So bleibt sie eine Antwort schuldig, warum ressourcenschwache Bürger kein politisches Interesse entwickeln und folglich seltener partizipieren. Dies zu beantworten gelingt auch dem Autorenkollektiv nicht, was insbesondere deshalb schade ist, weil gerade der Abschnitt 3.2 sinkende Beteiligungsraten unter dem Aspekt sozialer Selektivität diskutiert.

Als Ausdruck der systematischen Benachteiligung ressourcenschwacher Bevölkerungsschichten gehen die Autoren auf direktdemokratische Verfahren auch in anderen Bundesländern, etwa den Volksentscheid über die Hamburger Schulreform, ein. Diese Unmittelbarkeit direktdemokratisch erwirkter Entscheidungen verschärft aus Sicht von Kritikern das Selektivitätsproblem zusätzlich (S. 108). Ebenfalls eine breit angelegte Analyse findet sich zum Thema der die Beteiligung fördernden Parameter von Internet und sozialen Netzwerken. Erfreulich ist, dass dabei auch die Rolle von Parteien und deren internetbasierter Kommunikation problematisiert und für ausbaufähig befunden wird (S. 123). Grundsätzlich sehen die Autoren große Hürden in der Erreichung von mehr Beteiligung und benennen auch die bekannten Schwierigkeiten, die unter dem Begriff des *digital divide* subsumiert werden, wie etwa die Fragmentierung der Öffentlichkeit, mangelnde Transparenz der Entscheidungsgrundlagen bei Abstimmungen sowie die Ungleichheit zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern.

Die Autoren fassen die angesprochenen Diskurse der gegenwärtigen Beteiligungsforschung insofern zukunftsweisend zusammen, als sie in der Zusammenlegung von Abstimmungen über Sachfragen und Wahlen eine Möglichkeit sehen, sinkenden politischen Beteiligungsraten entgegenzuwirken (S. 125). Ob durch diese Maßnahme allerdings auch die angesprochene soziale Selektivität überwunden werden kann, wird sich zeigen müssen.

Die Studie bietet für Wissenschaftler und interessierte Laien einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Partizipationsforschung. NRW kommt dabei aufgrund seiner Größe erhebliche Bedeutung für die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die gesamte Bundesrepublik und somit für die Politische Kultur des Landes zu, obwohl – wie eingangs angesprochen – methodisch unklar ist, inwiefern die besprochene Studie überhaupt repräsentativ ist.

Sonja Clasing

Wahlen in Rumänien: kompakte Informationen über Wähler, Parteien und Parlamente

Marian, Cosmin Gabriel: *Romanian Parliamentary Elections 1990-2012. Stability and Stir*, Peter Lang Edition, Frankfurt am Main 2014, 136 Seiten, € 19,95.

Die Jahre seit 1989 gelten heute in den Augen vieler Rumänen als verlorene Jahre: Politisch hätte sich für Rumänien wenig bis nichts getan. Diese Haltung spiegelt sich in der Wahlbeteiligung, vor allem der jüngeren Generation, die aber mit der Präsidentenwahl im vergangenen Herbst aus der Deckung kam. Der ehemalige Bürgermeister von Hermannstadt/Sibiu Klaus Iohannis galt als Hoffnungsträger, der Klientelismus und Stagnation zu überwinden versprach und sich mit seiner klaren, bewusst unprätentiösen Art von seinem Konkurrenten Victor Ponta deutlich unterschied. Die Wahl von Iohannis wird als politische und gesellschaftliche Wende gedeutet, gerade mit Blick auf aktuelle Verfahren gegen Spitzenpolitiker wie den regierenden Premierminister Ponta oder den ehemaligen Staatspräsidenten Traian Băsescu, die die Antikorruptionsbehörde schwerer Vergehen beschuldigt. Die so genannte Revolution von 1989 hat zwar einen System-, aber keinen Elitenwechsel bewirkt. In den ersten Mehrparteienwahlen nach der Revolution 1990 gewannen „zur Überraschung der Beobachter“ (S. 9) jene, so Cosmin Gabriel Marian, die den Aufstand „überlebt“ (eben-